Arbeiterstimme

Einzelnummer 20 Pfennig
Bei Zeitungsbündlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 18555, Amt Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,80 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 3. Juni 1926 — Nummer 126

Geheimrüstungen in Sachsen!

Das Wehrkreiskommando IV stellt geheime Grenzschutzdivisionen auf

Offiziersbund „Olbernhau"

Zu der Reichswehrminister **Geßler** noch immer behauptet, daß das Reichswehrministerium **von der Existenz illegaler Wehrverbandsorganisationen keine Kenntnis habe**, veröffentlicht nunmehr die „Welt am Abend" in ihrer gestrigen Ausgabe weiteres umfangreiches **Material über Bürgerkriegsrüstungen in Sachsen**, die unter dem **Deckmantel der Landesverteidigung** organisiert werden. **Es bleibt abzuwarten, ob das Reichswehrministerium noch immer die Stirn haben wird, angesichts dieser Dokumente zu erklären, daß es von diesen Dingen keine Kenntnis habe.** Die „Welt am Abend" veröffentlicht zunächst

Gründungsbericht des Offiziersbundes „Olbernhau".

Aus diesem Bericht geht hervor, daß für Sonntag den 7. 3. der Major Rühle von Lilienstein zu einer Besprechung nach Chemnitz eingeladen hatte. Anwesend waren außer den Regimentsführern resp. deren Stellvertretern des sächsischen Erzgebirges der Oberst von Hingst-Dresden, Major Scheffler-Dresden. Aus dem Gründungsbericht, dessen Wortlaut von der „Welt am Abend" abgedruckt wird, geht hervor, daß Major Rühle v. L. in seinem Vortrag darauf hingewiesen hat, daß Sachsen seit Friedensschluß zu einem entsprechenden Grenzland geworden sei und hier die Gefahr des kommenden feindlichen Einbruchs besonders groß sei. **Die Organisation, die in jeder Weise von seiten des** Reichswehr **funktioniert worden seien, müßten** unbedingt **auf einen genauen Mobilisationsplan für** kommende **Kriegsverwicklungen zuspitzen.** Da wir laut Vertrag von Versailles nur ein stehendes Heer von [illegible] haben, **müsse die Möglichkeit gegeben werden, einen Plan kommender Beteiligung zu finden.** Dabei sollen die neu aufgestellten Grenzschutzregimenter [illegible]

Dabei müsse vermieden werden, daß die Grundzüge allgemein bekannt werden, d. h. zur Kenntnis der feindlichen Landeskinder oder auch der Kommunisten, welche diesen gleichzustellen seien, gelangen.

Nachdem nun die Regimenter mit ihren Offizieren im großen festgelegt sind, sei es nun Aufgabe der einzelnen Kompagnieführer, sich der zuverlässigsten Leute zu versichern. In erster Linie kämen in Frage die Angehörigen des Stahlhelm, Werwolf, Jungdo usw. Dabei müsse besonders Rücksicht genommen werden, **daß nur wirklich gediente Leute** Verwendung finden, da im Falle eines Krieges die jungen, unausgebildeten Mannschaften ins **Innere** zur Ausbildung geschickt werden müßten. Alle diese **Maßnahmen seien lediglich für einen kommenden Krieg zu treffen.** Den Grenzschutzregimentern falle die Aufgabe der Schutz der Grenze und **das Aufhalten des ersten Anpralls feindlicher Kolonnen zu, damit die Zivilbevölkerung Gelegenheit habe, das bedrohte Gebiet zu räumen. Es müsse zu diesem Zwecke Verhandlungen mit den Kreishauptleuten stattgefunden, wobei alle zu treffenden Maßnahmen durchgesprochen worden seien.** „Besonders soll Wert darauf gelegt werden, daß die einzelnen Kompagnien, die 20 bis 30 Mann stark sein werden, **entsprechende Ausbildung** erlangen. Am Schlusse des Berichtes wird noch aufgefordert, irgendwelche militärische Operationen in der Tschechoslowakei so schnell wie möglich **weiterzugeben.** Weiter wird noch mitgeteilt, daß Major Rühle von der Leitung zurückgetreten sei und die Führung der Oberst Tourmerow, Leipzig-Gohlis, übernommen hat. 8 Tage später hat in Annaberg eine Besprechung mit dem neuen Leiter stattgefunden, zu der mittels Einschreibebrief eingeladen wurde. Dann trat die neue Organisation in Tätigkeit. Weiter veröffentlicht die „Welt am Abend" ein Dokument über die Aufstellung der Grenzschutzdivisionen. Nach einem vorliegenden Bericht hat eine Zusammenkunft am 1. Mai 1926 stattgefunden, in der Oberleutnant Böttcher berichtet, daß ab 1. April 1926 der Grenzschutz insofern ein festes Gebilde geworden sei, als eine

einheitliche Aufstellung durch das Reichswehrkommando

in Berlin erfolgt sei. Das Wehrkreiskommando IV umfasse

3 Grenzschutzdivisionen.

Chemnitz, Königstein, Bautzen. In dem Bericht über die Aufstellung der Grenzschutzdivisionen werden genaue Angaben über die Zusammensetzung der Divisionen und die Gliederung der einzelnen Regimenter gemacht. Es werden auch die einzelnen Bataillonsstäbe und ihre Führer sowohl als auch die Kompagnieführer im einzelnen benannt. In einem Regimentsbefehl wird verlangt, daß die einzelnen Bataillone die Inhaber von Personen- und Lastkraftwagen und Krafträdern in ihrem Bezirke zu melden haben und dabei die Gefechtsstärke der Bataillone anzugeben. Auf die Ausbildung der Vaterländischen Verbände mit Gewehr ist Wert zu legen und anzustreben. Das Bataillon Neuhausen solle einen leichten Minenwerfer namhaft machen. Ebenso sollen die Bataillone unter genauer Angabe ihren Gefechtsabschnitt, ihre Bataillonsdepots und die MGK.-Führer melden. Das Bataillon Seyde soll Depots und Tankstellen errichten. Das Bataillon Olbernhau soll Fühlung nehmen mit Militärvereinen, Feuerwehr und vaterländischen Verbänden zwecks Aufstellung von Ersatzmannschaften. Als Regimentsadjutant für das Regiment 640 wird Leutnant Diehner, Neuhausen, genannt. **Das Regiment 640 soll 3 leichte Maschinengewehre für die Aufklärungskompagnie auf Personenkraftwagen aufmontiert zugeteilt erhalten.**

In Verbindung mit den bisherigen Meldungen über die Organisierung der Kleinkaliberschützen, die unter dem besonderen Schutze des sächsischen Innenministers Max Müllers zu stehen scheinen, zeigen die neuen Veröffentlichungen der „Welt am Abend" die ungeheuren Rüstungen der nationalen Verbände in Sachsen, die keineswegs nur als militärische Organisation zur Landesverteidigung gedacht sind, sondern in erster Linie Verwendung finden werden zur Niederschlagung der Arbeiter.

Vielleicht wird nunmehr das Reichswehrministerium und Herr **Geßler** sich endlich bequemen, einmal zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Für die Arbeiterschaft muß die Veröffentlichung dieser Dokumente ein neuer Anlaß sein, den monarchistischen und nationalistischen Rüstungen die rote Einheitsfront der Arbeiter entgegenzustellen.

Zum 20. Juni — 20 Millionen

Von Max Engel, Berlin.

„Das Deutsche Reich ist eine Republik", und „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", so kann man lesen in der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. Diese „schöne" Verfassung sagt noch manche Dinge, wie in Deutschland das gesellschaftliche Leben geregelt werden soll, die wir heute hier nicht aufzählen können; wir wollen nur feststellen, daß in Wirklichkeit und gerade in der „demokratischen Republik" nicht die Verfassungsparagraphen, sondern die **Machtverhältnisse** bestimmend sind. Ein Schulbeispiel für diese Behauptung ist das oben angeführte Zitat. In der Stellung zum Volksentscheid sehen wir, daß die ganze offizielle Republik, Reichspräsident, Reichs- und Länderregierungen, Reichstag und Landtage, die Behörden, alle Parteien vom Zentrum bis zu den Völkischen auf Seiten der früheren Fürsten stehen. Die schwankende Haltung der Demokraten ist nur eine Bestätigung dieser Tatsache. Die Regierungsorgane und die genannten Parteien haben inzwischen gegen den Volksentscheid zum Sammeln geblasen. Sie haben gegen das Enteignungsgesetz Stellung genommen und natürlich auch ihre ganzen Machtmittel eingesetzt, um den Volksentscheid zu erschweren. Unter offenem Verfassungsbruch erklärte die Regierung Luther, daß der Volksentscheid verfassungsändernd sei und etwa 20 Millionen Ja-Stimmen aufgebracht werden müßten. Die Marx-Regierung ist der gleichen Auffassung. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." —

Unsre Stellung in den Fragen der Verfassung ist klar, — wir haben stets erklärt, daß die Verfassungsartikel für die regierende Klasse Zwirnsfäden sind, über die sie in dem Kampf um ihr Interesse nicht stolpern wird. So haben auch die bürgerlichen Parteien und einzelne Minister bereits erklärt, daß sich keine Regierung und kein Reichspräsident finden wird, der das Enteignungsgesetz — sollte es im Volksentscheid mit 20 Millionen Ja-Stimmen durchkommen — verkünden würde. Sie drohen nicht nur mit dem Paragraph 48, sondern rüsten offen, wie die letzten Verkommnisse beweisen, um mit Hilfe der Diktatur nicht nur die Fürsten abzufinden, sondern die Werktätigen und vor allem die Arbeiterklasse niederzuknüppeln.

Daß die SPD.- und ADGB.-Führer nicht bereit sind, im breiten Kampf gegen die kapitalistische und monarchistische Reaktion eine rote Einheitsfront aufzustellen, bemerkt nur, daß sie trotz ihrer Zustimmung zum Volksentscheid auf Seiten der Bourgeoisie stehen. Unter dem Druck der Massen mußten sie zwar dem Enteignungsgesetz zustimmen, aber durch ihre Vertrauenserklärung für das Marx-Kabinett haben sie die Saboteure des Volksentscheids unterstützt.

Der Kampf gegen die Fürstenabfindung hat zum ersten Male in Deutschland eine breite Front der Werktätigen aufgestellt, die unter Führung der KPD. steht. 12¾ Millionen haben das Volksbegehren unterzeichnet. 20 Millionen Stimmen beim Volksentscheid wären der Ausdruck dafür, daß die Macht und Kampfbereitschaft dieser Front wächst, wären von höchster Bedeutung für die erfolgreiche Abwehr der Monarchistenpläne. Wäre es möglich, daß wir — trotz der kalten Sabotage der SPD. und des ADGB. — zum 20. Juni noch weitere 7¼ Millionen Ja-Stimmen aufbringen? Sicher!

Für eine Abschätzung der möglichen Ergebnisse gibt es einige wesentliche Unterlagen. Die KPD. und SPD. haben etwa eine Mitgliederzahl von 1,2 bis 1,5 Millionen, etwa 200 Zeitungen mit etwa 4½ Millionen Auflage. Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Afa, der Butab sind zusammen etwa 4½ bis 5 Millionen Mitglieder organisiert, in den Arbeitersport- und Kulturverbänden etwa 2,5 bis 3 Millionen, im Zentralverband Deutscher Konsumvereine 2½ Millionen Mitglieder. Diese Zahlen kann man selbstverständlich nicht mechanisch zusammenzählen, da viele Arbeiter in mehreren Organisationen Mitglieder sind und außerdem die organisatorische Stärke der Parteien und Verbände sehr verschieden ist. Trotzdem kann man behaupten, daß sechs bis acht Millionen Werktätiger in Deutschland unter direktem Einfluß einer Organisation stehen, die für die Enteignung eintritt. Dazu kommt noch, daß viele kleinbürgerliche Organisationen offen für den Volksentscheid eintreten, daß die Demokraten die Abstimmung freigeben mußten und auch Zentrumsführer gegen die Parole ihrer Parteileitung auftreten und zur Abstimmung mit „Ja" auffordern. Die Gegenaktion der Monarchisten wird beim Volksentscheid bedeutend stärker sein als beim Volksbegehren. Aber auch diese Agitation nützt in gewissem Grade uns, sie macht die breitesten Massen auf den Volksentscheid aufmerksam, die Tatsachen werden bekannt, die allgemeine politische Aktivität wird stärker. Das wird dazu beitragen, daß auch unsre Anhänger aktiver werden und die Zahl der Nichtwähler geringer wird.

Politisch fällt der Volksentscheid in eine außerordentlich günstige Situation. Die letzten Enthüllungen über die monarchistischen Pläne (Kaiserordnung usw.) haben die monarchistische Gefahr offen gezeigt, die wirtschaftliche Lage ist nicht günstiger geworden und die Vereinigung der Reaktionäre zu einem einheitlichen festen Block ist bisher nicht gelungen. Ihre Differenzen untereinander werden uns nützen. Ihre Parolen haben keine Durchschlagskraft — keine gegnerische Partei wagt es, offen für die Forderung der Fürsten einzutreten.

Die Schwierigkeit liegt nicht in der Situation. Sie liegt darin, daß SPD. und ADGB. nur gezwungen den Volksentscheid mitmachen, daß sie es ablehnen, zur Zusammenfassung aller Kräfte in allen Orten und Betrieben Einheitskomitees zu bilden. Sie fürchten die Konsequenzen des Sieges der Massen und fürchten, daß diese Millionen auch gegen sie im Kampf gegen die Regierung und den Reichstag, die offen für die Fürsten kämpfen. Aber die Werktätigen werden aus

Gemeinsamkeit mit dem Parteivorstand

Anläßlich des am 6. d. Mts. stattfindenden Parteitag der 23 wird, wie mitgeteilt wird, der Kreishauptmann Buck das Referat über „Wege und Ziele der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" halten. Im „Mitteilungsblatt" heißt es zu diesem Vortrag:

Niemand denkt daran, diese Organisation über Sachsen hinauszutragen. Unser Ziel ist nicht Spaltung der SPD., sondern Zurückgewinnung der sächsischen Sozialdemokratie zu den sozialistischen Grundsätzen und der Politik der Gesamtpartei. Darum kann es auch am 6. Juni nichts anderes als ein offenes Bekenntnis zu den Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie und zum Heidelberger Programm als der Richtschnur unseres Handelns geben. War es der dauernde Versuch der sächsischen Parteiinstanzen, eine an sich gesunde und allein mögliche Landes- und Koalitionspolitik zu zerstören und jede Meinungsverschiedenheit in der Partei seit Jahren brutal zu unterdrücken, so soll in der zu gründenden Partei die vor 1922 geltende Politik der Sozialdemokratie wieder zu Ehren gebracht und dem freien Wort und kameradschaftlichen Handeln wieder der Weg geebnet werden. Es werden wir uns denn mit gutem Grund „Alte Sozialdemokratische Partei" nennen.

Jawohl, wir sind und wollen bleiben die Alten, sowohl in der Treue zu den sozialdemokratischen Ideen als auch in dem Geiste echter Demokratie, die einen Kadavergehorsam und eine Diktatur vereinigt ablehnt. Wir wissen, daß unser Weg kein bequemer sein wird. Wir fangen völlig von vorn an. Aber weil uns ein reines und gesundes Ziel vorschwebt, weil alles, was sich von bolschewistischen Parteimethoden abgekehrt, in uns die einzig mögliche Parteigesundung Sachsens erblickt, weil jeder unserer Freunde, die bisher resigniert beiseite standen, wieder in aller Hingabe und Opferfreudigkeit zurückkehren will, deshalb wird und muß unser Schritt gelingen."

Diese Schreiberei soll die Arbeiter verwirren, die offene Bruderfeindschaft der 23 verdecken. Gleichzeitig wird hier dem Parteivorstand aber nochmals erklärt, daß die 23 bereit sind, sofort wieder zur SPD. zurückzukommen, wenn sie die Linken in Sachsen erledigt haben. Der Parteivorstand ist mit diesem Vorgehen der 23 vollständig einverstanden. Die 23 stehen mit Zustimmung des Parteivorstandes jetzt außerhalb der SPD., um von außen die Linken zu sammeln.

Ein neuer Schritt zur Diktatur

Berlin, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsinnenminister **Külz** hat jetzt ein Gesetz über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichstages ausgearbeitet, das von der Marx-Regierung bereits gebilligt ist. Nach diesem Gesetz soll in Zukunft der „Staatsgerichtshof über das deutsche Reich" darüber entscheiden, ob ein Gesetz verfassungsändernd oder nicht, oder ob es überhaupt verfassungsmäßig zustande gekommen ist. Wenn dieser Entwurf Gesetz würde, so wäre ein weiterer Schritt zur Ausschaltung des Parlaments getan. Die monarchistischen Richter, aus denen der Staatsgerichtshof über das deutsche Reich zusammengesetzt ist, könnten nach Willkür ein Gesetz aufheben oder für verfassungsändernd erklären. Zweifellos ist dieses Gesetz vor allem gegen das Fürstenenteignungsgesetz gerichtet.

Ebels Klage abgewiesen

Bekanntlich hatte die Regierung den Abgeordneten Ebel vor einiger Zeit hinterhand von seiner Stelle als Redakteur der „Staatszeitung" entfernt. Ebel hatte gegen diese Entlassung geklagt. Das Oberlandesgericht hat jetzt die Klage abgewiesen. Hätte es sich um ein Mitglied der Rechtsverbände gehandelt, wäre die Entscheidung sicherlich anders ausgefallen.

Wir sind nicht der Auffassung, daß ein sozialdemokratischer Beamter an den Zuständen etwas ändern würde. Wir registrieren den Fall Ebel, um den Arbeitern die „Objektivität" der Gerichte zu zeigen.

Asmus wird rehabilitiert

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge soll der Freiberger Oberstaatsanwalt Dr. Asmus nach dem Freispruch in seinem Prozeß in der nächsten Zeit den Posten eines Landgerichtsrats in Chemnitz erhalten. Diese Ernennung soll auf einen Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums zurückzuführen sein.